

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Geisterfahrt „Personalabbau in den Bezirken“ beenden!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- die willkürlichen Vorgaben zum Personalabbau in den Bezirksverwaltungen zurück zu nehmen,
- sofort und bedingungslos die bisher geltenden personalwirtschaftlichen Restriktionen bei Außeneinstellungen und Übernahmen von Auszubildenden aufzuheben und
- mit dem angekündigten Personalentwicklungskonzept die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Bezirksverwaltungen hinsichtlich des Personals aufgabengerecht und zukunftsorientiert ausgestattet werden.

Begründung:

In den kommenden sechs Jahren (bis Ende 2018) werden 6.950 Beschäftigte in den Bezirksverwaltungen altersbedingt ausscheiden - das sind 30 Prozent der heute dort Tätigen. Wird hier nicht entschieden gegengesteuert, werden die Bezirksämter - schon vorher - nicht mehr in der Lage sein, die ihnen zugewiesenen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger sachgerecht und qualitätsorientiert zu erfüllen.

Die rot-schwarze Koalition hat sich darauf verständigt, bis zum Ende der Legislatur den Personalbestand der Bezirke auf 20.000 VZÄ abzusenken. Ohne jedwede aufgabenkritische Betrachtung wurde diese Zahl "gegriffen" und damit die Vorlage für die Finanzverwaltung ge-

liefert, mit den Bezirken über den Abbau von 1.457 VZÄ in den kommenden vier Jahren zu verhandeln.

Die Bezirke werden damit geködert, dass sie - bei Abschluss und Einhaltung entsprechender Vereinbarungen - "frei über die Rekrutierung von Nachwuchskräften und Übernahme von Auszubildenden entscheiden können" (Beschluss Hauptausschuss auf Antrag der Koalition, RN 0541 B). Dieses "Zugeständnis" wird aber nichts lösen: Nachwuchskräfte und Auszubildende - selbst wenn alle übernommen werden - können das entstandene und entstehende Personaldefizit nicht annähernd ausfüllen. Mittlerweile läuft der count down weiter: Laut Personalstatistik hat sich die Zahl der VZÄ in den Bezirken zwischen Dezember 2011 und Juni 2012 um 330 reduziert.

Mindestens vier, wahrscheinlich fünf Bezirke werden zudem nicht in der Lage sein, entsprechende Vereinbarungen abzuschließen: Durch eine intransparente, auf willkürlichen Ausgangsgrößen (Beschäftigte je 10.000 Einwohner) beruhende Berechnung der "Verteilung" des für erforderlich gehaltenen Personalabbaus auf die Bezirke sollen Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf ihren Personalbestand in den kommenden Jahren um mehr als 10 (und bis zu 18) Prozent reduzieren. Allein diese Bezirke "vereinen" die Hälfte des Personalabbaus auf sich. Vollkommen ausgeblendet wird dabei, dass Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf - nach den Ergebnissen der Kosten-Leistungs-Rechnung - zu den effizientesten Leistungserbringern im Land Berlin gehören. Die Koalition hat selbst erklärt, dass die Verteilung das Ergebnis eines politischen Kompromisses zwischen (einigen) Bezirksvertretern sei und es deshalb nicht auf eine sachlich konsistente Begründung dieser Verteilung ankäme.

Diese Geisterfahrt muss beendet werden. Die noch immer bestehenden personalwirtschaftlichen Restriktionen bei Außeneinstellungen und der Übernahme von Auszubildenden müssen umgehend und für alle Bezirke bedingungslos aufgehoben werden. Die Gefahr "un-gesteuerten" Personalaufwuchses besteht nicht: Die Bezirke sind und bleiben durch ihre Stellenpläne als Bestandteile des festgesetzten Haushaltsplanes für Berlin limitiert. Und sie werden auch in Zukunft die Effizienz ihrer Leistungserbringung im Blick haben müssen, wenn sie sich für den Einsatz von Personal (wie im übrigen auch von Sachmitteln) entscheiden.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass selbst eine Aufhebung aller Restriktionen die zukünftigen Probleme der Gewinnung von Fachkräften für die Berliner Verwaltung(en) nicht lösen wird. Deshalb muss das avisierte Personalentwicklungskonzept weit über eine Personalbedarfsplanung hinausgehen.

Berlin, d. 25. Oktober 2012

U. Wolf Dr. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke